

14.08.2018 – PM 58/2018

Immobilien

## IG BAU begrüßt Pläne zur Ausweitung des Bestellerprinzips

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt Überlegungen der Bundesregierung, die Kauf-Nebenkosten von Immobilien zu senken. „Nebenkosten zwischen zehn und zwanzig Prozent der Kaufsumme überfordern viele Familien, die dringend geeigneten Wohnraum suchen. Diese Hürde kann durch die Ausweitung des Bestellerprinzips auf Immobilienkäufe verringert werden. Der Grundsatz, ‚wer bestellt bezahlt‘, ist nur fair und bei Makleraufträgen in der Wohnungsvermietung bereits erprobt“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Gleichzeitig muss die Bundesregierung das Riesen-Problem des bezahlbaren Wohnens viel energischer anpacken. Wir brauchen eine langfristige Strategie der Wohnungsbauförderung. Dazu zählt zumindest die generelle Anpassung der steuerlichen Absetzbarkeit (Afa) von derzeit zwei auf drei Prozent. Zudem muss die von der Groko bereits anvisierte befristete Erhöhung der Afa auf sieben Prozent für bezahlbare Wohnungen zeitnah umgesetzt werden. Gleichzeitig schreitet die Verdrängung von Mietern aus noch bezahlbaren Objekten voran. Wer eine bezahlbare Wohnung hat, muss Modernisierungen fürchten. Die darauf folgende Mieterhöhung können sich die bisherigen Mieter oft nicht leisten und werden so aus ihrem sozialen Umfeld verdrängt. Hier muss endlich ein Milieuschutz greifen, der seinen Namen auch verdient hat.“

Die IG BAU fordert den Bau von jährlich rund 400 000 Wohnungen. Davon müssen zumindest 60 000 Einheiten im bezahlbaren Segment erstellt werden. Das heißt, die Mieter müssen sich auch solche Haushalte leisten können, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenze für einen Wohnberechtigungsschein liegt. Für diese Maßnahme wäre eine Förderhöhe von mindestens zwei Milliarden Euro durch Bund und Länder notwendig.